TÄTIGKEITSBERICHT

2016-2020

DER GEW-FRAKTION

im Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer
beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis Offenbach
und die Stadt Offenbach am Main

AM **12. UND 13. MAI 2020** FINDEN WIEDER **PERSONALRATSWAHLEN** STATT.

Gewählt werden die Personalvertretungen der Schulen, die Gesamtpersonalräte bei den Staatlichen Schulämtern sowie der Hautpersonalrat beim Hessischen Kultusministerium. Vor diesen Wahlen möchte die **GEW-Fraktion im Gesamtpersonalrat Offenbach** über ihre **Tätigkeiten seit** den Personalratswahlen im **Mai 2016 Bericht erstatten**.

Der bewährte **Teamvorsitz** von Birte Krenz, Ute Senßfelder und Michael Köditz (alle GEW) wurde bis zum Ausscheiden von Michael Köditz im Sommer 2019 fortgesetzt. Wir danken dem Kollegen für 19 Jahre engagierte Mitarbeit im GPRLL.

Im Laufe der Wahlperiode haben weitere Fraktionsmitglieder den GPRLL verlassen: Wir danken Felix Pressel, Andrea Neise und Lore Salomon für ihre Mitarbeit. Nachgerückt sind dadurch Martina Billy, Karen Miller und Dr. Marlis Merbach. Als Gewerkschaftsbeauftragte nahmen Anika Gehrke und Anja Eschmann an unseren Sitzungen teil.

DIE ADRESSE DES GPRLL LAUTET:

Gesamtpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer beim Staatlichen Schulamt für den Landkreis Offenbach und die Stadt Offenbach am Main

Stadthof 13
63065 Offenbach am Main

Tel 069 80053 291
E-Mail Gesamtpersonalrat.SSA.Offenbach@kultus.hessen.de

Unsere Sprechstunde ist jeweils montags von 14-16 Uhr, Anfragen auch gerne per Mail.

Ute Senßfelder

Birte Krenz

PERSONALMASSNAHMEN: VERSETZUNGEN, ABORDNUNGEN, FUNKTIONSSTELLEN

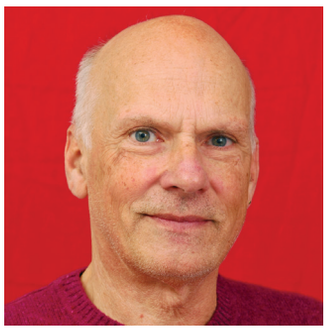
Eine der Hauptaufgaben des Gesamtpersonalrats liegt in der **Mitbestimmung bei Abordnungen und Versetzungen** im Schulamtsbereich. Bei den Versetzungsverfahren gab es – wie schon in den Jahren zuvor – weit mehr Aus- als Einversetzungswünsche. Wir haben zahlreiche Kolleginnen und Kollegen **zu** ihren **Versetzungswünschen** (schulamtsintern, hessenweit, im Ländertausch) **beraten** und uns besonders für all diejenigen eingesetzt, die aus sehr belastenden Gründen eine Versetzung beantragt haben. Durch unseren **Kontakt zu anderen GPRLL** haben wir u.a. versucht, Tauschpartner zu finden.

Bei der Besetzung von **stellvertretenden Schulleitungsstellen** nehmen wir an **Überprüfungsverfahren** teil. Da wir die Besetzung nach Aktenlage kritisch sehen, fordern wir weiterhin deren Durchführung.

Mehrfach im Jahr treffen wir uns mit den **GEW-Gesamtpersonalratsvorsitzenden** in den **anderen hessischen Schulämtern** und der Vorsitzenden des **Hauptpersonalrats**. Dort besprechen wir die neuesten bildungspolitischen Entwicklungen, vergleichen Vorgehensweisen der unterschiedlichen Schulämter und einigen uns auf **gemeinsame Vorgehensweisen**. Besonders eng ist die Vernetzung mit den Gesamtpersonalräten in Frankfurt und Hanau, da unsere drei Schulämter nach wie vor einem Kooperationsverbund angehören.

ZUSAMMENARBEIT MIT DEN SCHULPERSONALRÄTEN

Die Arbeit der GEW-Fraktion ist eng verbunden mit der der Schulpersonalräte. Eine **gute Kommunikation** ist in zweierlei Hinsicht wichtig: Einerseits möchte die GEW-Fraktion **Informationen aus** den **Schulen**, um im Schulamt **initiativ werden** zu können. Andererseits kommen **Mitteilungen** aus dem Gesamtpersonalrat **über** die **Schulpersonalräte an** die **Kolleginnen und Kollegen**. Zu diesem Zweck lädt der GPRLL regelmäßig zu **Personalrätetreffen** in das HLL in Dreieich ein. Diese Treffen dienen dem Austausch von Informationen sowie der **Schulung** in wichtigen **personalrechtlichen Fragen**, damit Personalräte ihre Beteiligungsrechte in personellen und sozialen Angelegenheiten umfassend wahrnehmen können.



Norbert Weimann

In dieser Wahlperiode organisierte die GEW-Fraktion 7 Personalrätetreffen, die eine **umfangreche Themenpalette** beinhalteten:

- Neuerungen und Pläne des HKM in der inklusiven Beschulung
- Dienstvereinbarungen mit dem SSA zu den Themen Mobbing-Bossing, Personalmaßnahmen, Digitalisierung, Radikalisierung und Teilzeit
- Tarif- und Besoldung
- Arbeitsbelastung der Lehrkräfte und Überlastungsanzeigen
- Lobbyismus an Schulen
- Sozial- und Integrationsindex
- Arbeits- und Gesundheitsschutz
- Schulsanierung und Schulneubau in Stadt und Kreis Offenbach
- BEM-Verfahren
- Entfristung und Ferienbezahlung von TV-H-Kräften
- Lebensarbeitszeitkonto
- Kleines und großes Schulbudget
- Schulungen für Schulpersonalräte in regelmäßig auftretenden Problemen in der PR-Arbeit

GEW-INFO AUS DEM GPRLL

Die GEW-Fraktion des GPRLL informiert die Schulpersonalräte und Lehrkräfte regelmäßig in **Info-Schreiben (gelbe Blätter)** über rechtliche oder organisatorische Neuerungen aus unserem Schulamtsbezirk.

Anika Gehrke

DIGITALPAKT

Die GEW-Fraktion beschäftigt sich mit der Frage, **wie** Lehrkräfte die neuen und vielfältigen Aufgaben der **Digitalisierung bewältigen** sollen, denn eine **Entlastung** an anderer Stelle oder die Ausstattung mit den notwendigen Arbeitsmitteln ist derzeit **nicht vorgesehen**. Auf jeden Fall aber sollten Schulpersonalräte bei der Umsetzung des Digitalpaktes auf ihr **Mitbestimmungsrecht** und die Beteiligung von Gesamt- und Schulkonferenz achten. Der Gesamtpersonalrat wird künftig in den neu geschaffenen **regionalen Steuergruppen** zum Digitalpakt mitarbeiten.

DIENSTVEREINBARUNG ZUR ELEKTRONISCHEN KOMMUNIKATION

Der Gesamtpersonalrat arbeitet an einer Dienstvereinbarung zur „Kommunikation mit elektronischen Medien“ mit dem SSA Offenbach. Sie soll einen **allgemeinen Rahmen** vorgeben, damit Schulleitungen, Personalräte und Kollegien der einzelnen Schulen auf der Grundlage der konkreten Arbeitsbedingungen schulbezogene Vereinbarungen treffen können. Die **Abgrenzung** zwischen **Arbeitszeit und Privatleben** muss - auch im Sinne des Gesundheitsschutzes - erhalten bleiben. In der Dienstvereinbarung fordern wir sowohl die **Bereitstellung von Endgeräten** für **Lehrkräfte** als auch den **Schutz vor** zusätzlicher **Arbeitsbelastung** durch elektronische Kommunikation und verweisen auf die **Mitbestimmung** der Personalräte an den Schulen.

SONDERRUNDSCHREIBEN TEILZEIT

Viele Dienstpflichten sind nicht teilbar, sodass Teilzeitkräften oft abverlangt wird, was auch von Vollzeitkräften erwartet wird. Zu wenig Beachtung findet häufig, dass Teilzeitkräfte gerade aus ihren jeweils persönlichen Gründen ihre Stundenzahl reduziert haben, etwa um **Beruf und Familie besser vereinbaren** zu können. Mit praxisnahen Beispielen konnten wir das Amt für die Belange der Kolleginnen und Kollegen sensibilisieren. Das Sonderrundschreiben zur Teilzeit wurde in der laufenden Wahlperiode neu aufgelegt.

Es informiert u.a. über **Möglichkeiten**, wie auf Teilzeitkräfte in besonderer Weise **Rücksicht** genommen werden kann und dient Schulpersonalräten als Vorlage zur Ausarbeitung **individueller Dienstvereinbarungen** an den Schulen. Hierbei haben wir die schulischen **Personalräte** auf Wunsch **unterstützt**.

Karen Miller

Liliane Baumgartner

DIENSTVEREINBARUNG MOBBING / BOSSING

Die AG “Partizipation, Mobbing / Bossing” hat die von **Mobbing und Bossing betroffenen** Kolleginnen und Kollegen **unterstützt** und beraten. Im Oktober 2017 wurde die „Dienstvereinbarung Mobbing/Bossing“ mit dem Schulamt abgeschlossen, die auf der Website des Staatlichen Schulamtes zum Download bereitsteht. Für **Personalräte** wurde eine **Handreichung** mit Materialien an die Schulen verteilt. Die zunehmende Anzahl an Beratungsgesprächen verdeutlicht den **Trend** hin **zu** einem verstärkt **autoritären Führungsstil**, wie er vom Hauptpersonalrat aufgrund der Veränderungen in der Schulleiterqualifikation (Stichwort “Führen und Folgen”) vorausgesehen und moniert worden war.

ÜBERLASTUNGSANZEIGEN

Im Jahr 2015 erklärten erstmals 17 Schulen aus dem Landkreis Offenbach mit Unterstützung der GEW-Fraktion schriftlich ihre Überlastung. Die Überlastungsanzeige, eigentlich ein Instrument des Beamtenrechts, um den Dienstherren auf ein individuelles Erreichen der Belastungsgrenze hinzuweisen, wurde so zur **Antwort ganzer Kollegien auf** die **unhaltbaren Arbeitsbedingungen**. Immer mehr Grund-, Förder- und weiterführende Schulen schlossen sich dieser Form des Protests an, manche sogar mehrfach. Die GEW-Fraktion unterstützte dies durch Textvorlagen und Formulierungshilfen. Verweigerte der Minister zu Beginn, sich mit den Anzeigen zu beschäftigen und delegierte die Beantwortung an die Schulämter, so werden Überlastungsanzeigen mittlerweile auch **im HKM nicht mehr ignoriert**.

Heidi Ballmann

LEHRERZUWEISUNG

Die GEW-Fraktion hat sich in der letzten Wahlperiode intensiv mit den **Zuweisungserlassen** auseinandergesetzt. Die **Arbeitsgruppe PPB** (**P**lanungssystem **P**ersonal und **B**udget) besteht u.a. aus **7 Mitgliedern der GEW-Fraktion**. Wir treffen uns in regelmäßigen Abständen, um Veränderungen in den Erlassen und damit verbundene **Auswirkungen** in unserem Berufsfeld und unseren Arbeitsbedingungen zu **erkennen** und sie mit dem Amt zu erörtern.

Besonders im Blick haben wir dabei die

Personalabdeckung / Stellenentwicklung in allen Schulformen

Entwicklung der **I-Klassen / I-Kurse**

Zuweisung der **Sozial- und Integrationsindexstunden**

Besetzung und Verwendung der Stellen im Rahmen der **Mobilen Vertretungsreserve**

Zuweisung und Verwendung der **ISB-Zuweisung**

Entwicklungen im Bereich des **Pakts für den Nachmittag**

UBUS-Zuweisung und Verteilung der Stellen auf die Schulen

Edeltraud Trinowitz

ARBEITSBEDINGUNGEN AN GRUNDSCHULEN

Seit fünf Jahren kämpfen Vertreterinnen der GEW-Grundschulfachgruppe für die **Angleichung der Besoldung** nach A13 für die ausgebildeten Grundschullehrkräfte.

Jedes Jahr am 13. November betonen sie in der Öffentlichkeit, dass sie von diesem Tag an bis zum Ende des Jahres ohne Bezahlung arbeiten, legt man das Gehalt all ihrer Kolleg*innen anderer Schulformen zugrunde. Dabei haben sich in den letzten Jahren **immer mehr Grundschulkolleg*innen an den Aktionen** vor dem Staatlichen Schulamt **beteiligt**. Das Kultusministerium nennt keinen plausiblen Grund für diese ungerechte Bezahlung. In einigen Bundesländern wurde die Besoldung der Grundschullehrkräfte bereits angehoben und damit dem massiven Lehrermangel entgegengewirkt.

AUSWIRKUNGEN DES LEHRERMANGELS AN GRUNDSCHULEN

Die GEW beobachtet seit Jahren, dass freie Lehrerstellen an Grundschulen zunehmend durch berufsfremd unterrichtende TV-H-Kräfte besetzt werden und dadurch die **Belastung** der **ausgebildeten Lehrkräfte** erheblich **steigt**. Daher hat die Fachgruppe Grundschule im Herbst 2019 einen **Fragebogen** entwickelt, der u.a. die Anzahl der TV-H-Kräfte an einer Schule sowie deren Stundenumfang und Ausbildung erfragt. An 40 von 43 Grundschulen, die sich beteiligten, sind aktuell zwischen 1 und 13 Lehrkräfte mit TV-H-Verträgen beschäftigt, deren Berufsausbildung **häufig keine pädagogische Ausrichtung** hat. Den oft sehr engagierten berufsfremd Unterrichtenden muss daher eine **umfassende Nachqualifizierung** ermöglicht werden. Zwar ist die Beschäftigung dieser berufsfremd Unterrichtenden zurzeit unabdingbar zur Sicherstellung der personellen Versorgung an Grundschulen, perspektivisch ist die **Ausweitung der Entprofessionalisierung** jedoch **nicht hinnehmbar**.

Martina Billy

BETEILIGUNG AN DER VERTEILUNG DER A14-STELLEN

Seit dem Schuljahr 2018/19 wird der 2015 veröffentlichte A14-Erlass auch im Schulamt Offenbach umgesetzt. Seitdem gibt es **zwei Verteilungsrunden**. Wir begrüßen diese Entwicklung, da nun in engeren Zeiträumen befördert werden kann. Leider haben sich die **Beteiligungsmöglichkeiten** der Gesamtpersonalräte durch das neue mathematische Verfahren **verringert**. Wir achten aber auf die **fristgerechte Ausschreibung, prüfen** die vom Schulamt erstellten **Ranglisten**, entscheiden mit bei den unabhängig von der Rangliste zu verteilenden Stellen, nahmen an den Sitzungen des **A14-Beirats** des Amtes teil und **beraten** die **Schulpersonalräte** umfangreich bei den A14-Besetzungen.

Thilo Hartmann

BEZAHLUNG ANGESTELLTER LEHRKRÄFTE

Trotz der Beteuerungen aus Wiesbaden, den meisten befristeten TV-H-Kräften unter bestimmten Bedingungen eine **Bezahlung der Sommerferien** zu ermöglichen, erweist sich das Schulamt **Offenbach** hier als **sehr restriktiv**. Im Alltag zeigt sich, dass es an rechtlicher Klarheit und dem wirklichen Willen zur Umsetzung der Erklärungen des Kultusministers mangelt. Immer wieder erreichen den Gesamtpersonalrat Anfragen von Lehrkräften, die offensichtlich die vorgegebenen Bedingungen zur Bezahlung der Sommerferien erfüllen, deren Verträge jedoch immer noch die entscheidenden 6 Wochen aussparen. Hier werden wir als **GEW-Fraktion aktiv** und können in vielen Fällen **durch Hartnäckigkeit Nachbesserungen** erreichen.

Bei der Auszahlung des **Lebensarbeitszeitkontos (LAK)** an befristet angestellte Lehrkräfte gab es in dieser Wahlperiode große Schwierigkeiten, da eine finanzielle Auszahlung nur auf Antrag erfolgt. Bisher wurden die Betroffenen vom Dienstherrn nicht entsprechend informiert, so dass viele **Ansprüche verfallen** sind. Die **GEW-Fraktion informierte** die **Betroffenen** über die Erlasslage, **erstellte** ein **Antragsformular**, welches TV-H-Kräfte verwenden können, um ihre Ansprüche geltend zu machen und **zwang** das **Schulamt zum Handeln**. So wird die gesetzliche Grundlage mittlerweile in Schulleiterdienstversammlungen ausführlich dargestellt und die Verträge wurden inzwischen durch eine sogenannte Nebenabrede ergänzt, die die Form der Auszahlung regelt.

MENTORENENTLASTUNG

Seit einigen Jahren wird der Unterricht der LiV voll mit dem Stundenvolumen der Schule verrechnet. Seither fordert die GEW unermüdlich, den Schulen eine eigene Zuweisung von Mentorenstunden zukommen zu lassen. 2018 gestand das HKM eine Zuweisung von **einer Deputatstunde pro LiV** zu. Dass man vergaß, diese in der Februarzuweisung einzustellen, **fiel** der **GEW-Fraktion des GPRLL** am Schulamt Offenbach **frühzeitig auf**, so dass die Stunden noch rückwirkend den Weg in die Schulen finden konnten. Die **halbe Deputatstunde pro Mentor** kann **aber nur ein Anfang** sein, dieses Engagement der Lehrkräfte zu würdigen.

INKLUSION

Durch die sich **ständig verändernden Vorgaben** des Kultusministeriums zur inklusiven Beschulung, zuletzt in der Umsetzung des Koalitionsvertrags mit festeingestellten Förderschulkolleg*innen an den Grundschulen, wurde eine immer **intensivere Begleitung** durch die GEW **von Grund-/Förderschulkolleg*innen** notwendig. Die ergebnisoffene Gesprächsrunde am 6.11.19 rief zu einem Schulterschluss beider Schulformen auf (**Dietzenbacher Erklärung**).

Im GPRLL hat das Abgleichen der häufig **fehlerhaften ISB-Abordnungslisten** der BFZ die klar erkennbare **Mangelverwaltung des Bildungssystems** und teilweise auch ein bestehendes Missmanagement ans Tageslicht gebracht. Hier musste immer wieder auf den Tatbestand der personalvertretungsrechtlichen **Mitbestimmung** hingewiesen werden. Ein fehlende Beteiligung bei den Abordnungen der BFZ-Kolleg*innen und fehlende Kooperationsverträge tragen nicht zum Gelingen von Inklusion bei.

Kirsten Schultheis-Schauer

Stefan Ohlenmacher

UBUS-KRÄFTE

2018 reagierte das HKM mit der Schaffung der UBUS-Stellen auf die Forderung nach **sozialpädagogischer Unterstützung** in **Ganztag und Inklusion**. Hier entstanden entsprechend Probleme in der **Abgrenzung** zwischen **Schulsozialarbeit, UBUS** und **Förderpädagogik**. Die GEW-Fraktion gab durch **Vernetzungstreffen** und der Bereitstellung von Best-Practice -Modellen von Anfang an Starthilfe bei der Erstellung eigener Konzepte. Vielen UBUS-Kräften wird bei Vertragsunterschrift entweder noch keine Auskunft über ihr zu erwartendes Gehalt gegeben oder dieses bleibt **oft deutlich hinter mündlichen Versprechungen** zurück. Diese Kollegen und Kolleginnen müssen mühsam die Anerkennung von Vorerfahrungen einfordern. Auch hier **unterstützen** wir durch Gespräche mit Dezernenten, Sachbearbeitern und der Amtsleitung.

ZUSAMMENARBEIT MIT DER GLEICHSTELLUNGSBEAUFTRAGTEN

Im SSA wurde für den Zeitraum 2018-2023 ein **neuer Frauenförderplan** erstellt, bei dem der GPRLL in der Mitbestimmung war. Dieser Plan bezweckt die Umsetzung von **Chancengleichheit** der Geschlechter, **Vereinbarkeit** von Familie und Beruf und **Beseitigung** der **Unterrepräsentanz** von Frauen in Führungspositionen. Im Rahmen regelmäßiger Arbeitssitzungen mit der Gleichstellungsbeauftragten wurden diverse Verbesserungen im Bereich der Gleichstellung angeregt: **größere Transparenz** in Bezug auf die Arbeit der Gleichstellungsbeauftragten, **effektivere Werbung** und **familienfreundlichere** Zeiten für die **Fortbildungen**. Wir kommunizierten zudem Missstände der Beschäftigten, z.B. die Schwierigkeiten, gerade von **Eltern in Teilzeit**, sich auf **Funktionsstellen** zu bewerben. Diese wichtige Zusammenarbeit werden wir auch in Zukunft weiterführen.

Marlis Merbach

Adeviye Özcan

ZUSAMMENARBEIT MIT DER SCHWERBEHINDERTENVERTRETUNG

Die **GEW-Fraktion unterstützt** die Arbeit der **Gesamtvertrauensfrau** der Schwerbehindertenvertretung im Schulamt Offenbach. Gemeinsam wurden **grundsätzliche Regelungen** bei **BEM-Maßnahmen** und bei **Mobbing-Bossing**-Vorwürfen mit dem Schulamt verhandelt und über deren Umsetzung gewacht. Des Weiteren wurden Kolleg*innen, die ihr Recht auf besondere **Unterstützungsmaßnahmen** gegen über dem Schulamt und der Schule geltend machten, beraten und unterstützt.

RADIKALISIERUNG

Religiös motivierter Extremismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus sind aktuelle gesellschaftliche Phänomene, mit denen wir im Bereich Schule immer mehr konfrontiert werden. Wir haben hierzu eine **Arbeitsgruppe** eingerichtet, die sich mit **Prävention**, aktuellen **Entwicklungen** und mit der Frage beschäftigt, wie Kolleginnen und Kollegen im **Umgang** mit dieser Thematik an den Schulen unterstützt werden können. Prävention und Aufklärung **benötigen** jedoch **zusätzlich Raum und Zeit**. Wir weisen immer wieder darauf hin, dass **weitere Ressourcen** über den Fachunterricht hinaus bereitgestellt werden müssen, damit wir uns dieser Herausforderung stellen können.

InteA-Klassen

Die Zuwanderung in Stadt und Kreis Offenbach ist nach wie vor relativ hoch. Für die InteA-Klassen in den **Berufsbildenden Schulen** trat im November 2016 ein neuer Erlass in Kraft, der in den Kollegien auf großes Unverständnis stieß, da er kaum Verbesserungsmöglichkeiten für die Erfolgschancen der Integration darstellte und dessen Umsetzung eine **erhebliche Mehrbelastung** der in diesen ohnehin sehr heterogenen Klassen unterrichtenden Kolleginnen und Kollegen darstellte. Wir verabschiedeten hierzu eine Resolution mit der **Forderung, Klassenteiler, Klassengröße** und **Zulassungsvoraussetzungen** neu festzulegen und den Vorgaben für die **Bildungsgänge** zur Berufsvorbereitung, insbesondere bezüglich der Abschlussprüfungen, **anzupassen**.

Anja Eschmann

ÖFFENTLICHKEITSARBEIT

Mit **öffentlichkeitswirksamen Aktionen** versucht die GEW-Fraktion auf aktuelle Probleme hinzuweisen. Besonders die zahlreichen **Überlastungsanzeigen** aus unserem Schulamtsbezirk erhielten große Beachtung und Reaktionen auf höchster Landesebene. Mit **offenen Briefen** und **Resolutionsentwürfen**, die vom Gesamtpersonalrat oder der Versammlung der Schulpersonalräte in unserem Schulamtsbezirk verabschiedet wurden, **informierten** wir **Presse**, die **Landtagsfraktionen** und auch die **lokalen Abgeordneten**. Wir haben dabei auch mit **Personalräten** aus anderen Schulamtsbezirken, dem **Hauptpersonalrat** sowie der **GEW-Hessen zusammengearbeitet**.

Einige Beispiele für unsere **Initiativen**:

Aktionen gegen die unterschiedliche Besoldung an Schulen, insbesondere zur höheren Besoldung von Grundschullehrkräften (jedes Jahr im November)

Fachtag der Inklusion mit Professor Katzenbach (August 2017)

Stellungnahmen zu den Schulentwicklungsplänen Offenbach-Stadt und Land

Kundgebung und Menschenkette vor dem Offenbacher Rathaus und dem Schulamt unter dem Motto „Bildung braucht bessere Bedingungen“ mit mehr als 150 Kolleginnen und Kollegen

Inklusive Beschulung: BFZ vs. Zuweisung an die Stammschule? (November 2019)

DAMIT AUCH IM NEUEN GESAMTPERSONALRAT
DIE INTERESSEN DER KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN
WEITERHIN STARK VERTRETEN WERDEN,
AM 12. UND 13. MAI 2020

WÄHLEN!

Herausgeber:

Kreisverbände von GEW Offenbach-Stadt und Offenbach-Land
V.i.S.d.P.: Norbert Weimann und Adeviye Özcan